

Caritas fürchtet Defizite bei Migrantenberatung

Katholischer Sozialverband schlägt Alarm wegen drohender Mittelkürzung durch den Bund

Rastatt (ema) – Die Caritasverbände Rastatt und Baden-Baden schlagen Alarm, weil der katholische Sozialverband angesichts massiver Zuwanderung mit seinen Angeboten Jugendmigrationsdienst (JMD) und der Migrationsberatung für Erwachsene an seine Grenzen stößt.

Aktuell sorgen sich die Sozialarbeiter vor allem deswegen, weil die Finanzierung des Jugendmigrationsdiensts durch die Bundesregierung im kommenden Jahr bundesweit um acht Millionen auf 43 Millio-

nen Euro gekürzt und damit auf das Niveau von 2014 zurückgefahren werden soll. Peter Rettig, Fachbereichsleiter Migration bei der Rastatter Caritas, sieht damit das Angebot des JMD gefährdet. Der Jugendmigrationsdienst für Mittelbaden ist mit zwei Stellen ausgestattet; die Caritas bringt dabei auch Eigenmittel ein. Rettig zufolge sei die Zahl der betreuten Klienten im vergangenen Jahr auf rund 500 geklettert; hinzu kämen rund 120 junge Zuwanderer, die im sogenannten Fall-Management intensiver betreut werden.

Bundesweit macht die Caritas darauf aufmerksam, dass sich die Zahl der Ratsuchenden zwischen 2011 und 2015 von 13 000 auf knapp 26 000 nahezu verdoppelt habe.

Rettig rechnet mit einer weiteren Zunahme. Denn der Schwung von Menschen mit festem Aufenthalt stehe erst noch bevor. Dabei geht es nicht nur um Asylsuchende aus den aktuell bekannten Herkunftsländern. Die Sozialarbeiter haben es vermehrt mit Menschen aus europäischen Staaten wie Bulgarien, Rumänien, Italien oder Spanien zu

tun, die in Deutschland eine Bleibe suchen. Der JMD will die Integration von Menschen zwischen zwölf und 27 Jahren mit seiner Beratung und diversen Projekten fördern. Die Ansprüche, so Rettig, würden nicht nur wegen des zunehmenden Bedarfs steigen. Die Beratung werde auch anspruchsvoller, weil die Fälle komplexer würden.

Auch ohne die jetzt drohende Kürzung der Bundesmittel müssen die Caritas-Mitarbeiter schon ihre Standards herunterfahren, etwa bei der Unterstützung bei der Wohnungssuche

oder der längerfristigen Begleitung.

Ihre Sorgen hatten die Caritas-Vertreter in dieser Woche der SPD-Bundestagsabgeordneten Gabriele Katzmarek erläutert. Die Parlamentarierin zeigte zwar Verständnis, wies aber zugleich darauf hin, dass der Bund seine Mittel im Zuge mehrerer Asylpakete aufgestockt und zum Teil umgeschichtet habe. Aus ihrer Sicht müssten sich Anbieter wie die Caritas Gedanken machen, ob man auf einzelne Beratungsbausteine verzichte und Parallelstrukturen vermeide.